



Klaus D. Loetzer ist Auslandsmitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Tunesien.

TUNESIEN UND DIE ERSTE ISLAMISTISCH GEFÜHRTE REGIERUNG IN NORDAFRIKA

Klaus D. Loetzer

Am 14. Januar 2012, dem ersten Jahrestag der Tunesischen Revolution, waren sie wieder da: Die Demonstranten auf der Avenue Habib Bourguiba. Hier hatte der Arabische Frühling seinen Anfang genommen, mit weit reichenden Folgen für die gesamte Region Nordafrika. Diesmal verliefen die Proteste weitestgehend friedlich, doch sie zeigten, dass sich die Rufe nach „Freiheit“, „Würde“ und „Gerechtigkeit“ nicht im Sinne der Demonstranten erfüllt hatten. Viele der diesjährigen Teilnehmer waren dieselben wie vor einem Jahr, unter ihnen Menschenrechtsaktivistinnen wie die Journalistin Sihem Bensedrine, die Anwältin Radhia Nasraoui und die durch ihre Nominierung für den Friedensnobelpreis weltweit bekannt gewordene Bloggerin Lina Ben Mhenni. Diese beklagte in ihren Beiträgen in sozialen Netzwerken, dass sie bereits wieder von Sicherheitskräften überwacht werde – wie zu Zeiten Ben Alis, und von denselben Kräften wie damals, wie sie vermutet.

In einer Befragung kurz vor dem Jahrestag der Revolution kommen Jugendliche zu unterschiedlichen Einschätzungen über die Meinungsfreiheit. Mohamed, 23, sagt: „Ich fühle, dass es auf jeden Fall mehr Meinungsfreiheit gibt als früher, aber sie ist zentralisiert auf die Hauptstadt Tunis.“ Amir, 19: „Es hat sich noch nichts geändert, da die Leute Ben Alis immer noch in ihren Positionen sind. Unsere Meinungsfreiheit ist *fake*.“ Akram, 20: „Es gibt definitiv mehr Meinungsfreiheit, aber sie wird noch missverstanden. Es ist eine Freiheit, an die die Menschen sich immer noch nicht gewöhnt haben.“ Yassine, 22: „Die Freiheit der Meinungsäußerung existiert hier nicht, jedenfalls

noch nicht; möglicherweise wird sie auch niemals in der Zukunft existieren.“¹

Dabei kann die erste Etappe des politischen Transformationsprozesses in Tunesien als erfolgreich und nachahmenswert bezeichnet werden: Einsetzung einer Übergangsregierung, die im dritten Anlauf Anfang März 2011 unter dem 84-jährigen Premierminister Beji Caid Essebsi die nötige innenpolitische Stabilität brachte; Mitte März Installierung einer Reformkommission² und einer unabhängigen Wahlkommission³; am 23. Oktober Durchführung von weitestgehend demokratischen Wahlen zu einer Verfassunggebenden Versammlung (VV); und Ende Dezember die Installierung einer Koalitionsregierung, der so genannten Troika, unter Führung der islamistischen Partei Ennahdha (Wiedergeburt) gemeinsam mit den eher mitte-links und sozialdemokratisch orientierten Parteien CPR (Congrès pour la République) und Ettakatol (Front Démocratique pour le Travail et les Libertés, FDTL).

DIE WAHLEN ZUR VERFASSUNGGEBENDEN VERSAMMLUNG

Das starke Abschneiden der Islamisten, die sich unter ihrem nach 20-jährigem Exil zurückgekehrten Führer Rachid al-Ghanouchi äußerst moderat geben, und das schwache Abschneiden der Parti Démocrate Progressiste

(PDP) unter Ahmed Néjib Chebbi waren die eigentlichen Überraschungen: Während Ennahdha mit knapp 42 Prozent (89 der 217 Sitze umfassenden VV) die Prognosen bei Weitem übertraf, enttäuschte die PDP mit knapp acht Prozent (17 Sitze) und wurde nur fünftstärkste politische Kraft in der VV. Dazwischen lagen CPR unter dem Menschenrechtsaktivisten Moncef Marzouki mit knapp 14 Prozent (30 Sitze), Ettakatol unter Mustapha Ben Jaafar mit gut neun Prozent (21 Sitze) und die bis dato unbekannte Al Aridha (Pétition Populaire) des im Londoner

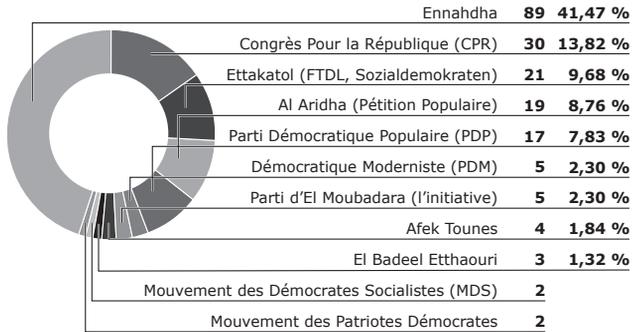
Während Ennahdha mit knapp 42 Prozent die Prognosen bei Weitem übertraf, enttäuschte die PDP mit knapp acht Prozent und wurde nur fünftstärkste politische Kraft in der VV.

- 1 | Vgl. „A Free Press? A Year After Tunisia’s Revolution, Youth Weigh In – Tunisians speak out“, *PBS Newshour*, <http://pbs.org/newshour/multimedia/tunisiayouth/index.html> [14.01.2012].
- 2 | Haute instance pour la réalisation des objectifs de la révolution, de la réforme politique et de la transition démocratique.
- 3 | Instance supérieure indépendante pour les élections (ISIE).

Exil lebenden Millionärs und Medienunternehmers Hechimi Hamidi mit ebenfalls knapp neun Prozent (19 Sitze).

Abb. 1

**Ergebnisse der Wahlen zur Verfassunggebenden
Versammlung 2011 in Tunesien (Sitze und Anteil)**



Quelle: ISIE (Hrsg.), Bericht über die Wahlen der Verfassunggebenden Versammlung 2011, <http://www.isie.tn/image.php?id=760> [14.03.2012].

Als sich am Wahltag abzeichnete, dass die islamistische Ennahdha zwischen 40 und 60 Prozent der Stimmen errungen hatte, war die Überraschung groß – bei Wahlumfragen war sie auf höchstens 25 bis 30 Prozent gekommen. Auch die folgende Anspannung stieg ins Unermessliche. Denn die Wahlergebnisse wurden nicht, wie spekuliert, Montagabend oder, wie zunächst von der unabhängigen Wahlkommission angekündigt, Dienstagnachmittag bekannt gegeben, sondern erst am folgenden Donnerstagabend. Die mehrfache Aufschiebung der Veröffentlichung der Wahlergebnisse ließ bereits erahnen, dass etwas Ungewöhnliches im Gange war. Denn zwischenzeitlich war die Sitzverteilung in der Verfassunggebenden Versammlung kein Geheimnis mehr, zumindest was die größeren Parteien anging.

Neben dem in dieser Form nicht erwarteten starken Abschneiden Ennahdha waren zwei weitere Ergebnisse Gegenstand hektischer politischer Diskurse: Für was steht Al-Aridha Al-Chaabia (Petition für Gerechtigkeit und Entwicklung), die mit 28 Sitzen drittstärkste politische Kraft geworden war, und wer ist ihr Führer Hechimi Hamidi? Denn die Al-Aridha war gewissermaßen aus dem

Nichts aufgetaucht. Ebenso überraschte das schlechte Abschneiden der PDP. Denn Parteiführer Ahmed Néjib Chebbi hatte seine Partei, eine so genannte Altpartei, als die eigentliche Herausforderin von Ennahdha gesehen, wie auch viele Beobachter der politischen Szene. In Wahlvorhersagen hatten die Islamisten zwar immer deutlich geführt, die PDP stand aber, wenn auch mit Abstand und nur mit etwa acht Prozent, immer an zweiter Stelle.

Zudem zeichnete sich vor der offiziellen Bekanntgabe des vorläufigen Wahlergebnisses bereits ab, dass es dank des proportionalen Wahlsystems auch eine Anzahl kleinerer Parteien und unabhängiger Wählerlisten mit jeweils einem Kandidaten in die Verfassungsgebende Versammlung geschafft hatten. Genau dieses war mit dem Verfahren des proportionalen Wahlrechts beabsichtigt worden. Angesichts des vorliegenden Wahlergebnisses hätte ein Mehrheitswahlrecht dazu geführt, dass Ennahdha mehr als 90 Prozent der 217 Sitze gewonnen hätte.

WAHLORGANISATION EXZELLENT – MIT EINSCHRÄNKUNGEN

Schon früh wurde die Wahlorganisation und -durchführung hoch gelobt und bereits als Messlatte für zukünftige Wahlen in der Region empfohlen.⁴ Vor allem ist das angesichts des Umstands zu würdigen, dass die Wahlkommission über keinerlei einschlägige Erfahrungen und Strukturen verfügte, da in der Vergangenheit Wahlen, wenn auch gefälschte, vom Innenministerium organisiert wurden. Die Wahlkommission war als Instance supérieur indépendante pour les élections (ISIE) in Form einer unabhängigen Institution zusammen mit der Haute instance pour la réalisation des objectifs de la révolution, de la réforme politique et de la transition démocratique Mitte März 2011 ins Leben gerufen worden und ging aus den Reihen der Zivilgesellschaft hervor. Sie wurde von dem

Die Wahlkommission war Mitte März 2011 ins Leben gerufen worden und ging aus den Reihen der Zivilgesellschaft hervor.

4 | „No matter what the results, Tunisia’s landmark election was a monumental achievement in democracy that will be a tough act to follow in elections next month in Egypt and Morocco – and later, in Libya.“ Aus Paul Schemm, „Tunisia’s election sets high bar for Arab Spring“, *Real Clear Politics*, 26.10.2011, http://realclearpolitics.com/news/ap/politics/2011/Oct/26/tunisia_s_election_sets_high_bar_for_arab_spring.html [01.02.2012].

Staatsrechtler Kamel Jendoubi geleitet. Ihr Mandat erlosch mit der Verkündung des endgültigen Wahlergebnisses.

Allerdings ergibt sich bei näherem Hinsehen ein nicht ganz so makellooses Bild, was bereits am Wahltag durch Meldungen in sozialen Netzwerken deutlich wurde. Die häufigsten bezogen sich darauf, dass in den meisten Wahllokalen nur Ennahdha-Vertreter anwesend seien – was allerdings auf die Unfähigkeit der anderen Parteien, Vertreter zu stellen, zurückzuführen ist – und dass Frauen vielfach zur Wahlentscheidung für Ennahdha gedrängt wurden. Eine weitere häufige Beobachtung war, dass Ennahdha-Vertreter teilweise gewaltsam die Wartenden in Männer- und Frauenschlangen aufteilten. Die Nichtregierungsorganisation Association Tunisienne pour l'Intégrité et la Démocratie des Elections (ATIDE) war mit ca. 2.000 Wahlbeobachtern in vielen Wahllokalen landesweit vertreten und hat im Gegensatz zu den Wahlbeobachtermissionen der EU⁵ und des amerikanischen Carter Centers bereits früh einen detaillierten Bericht mit Wahlverstößen vorgelegt. Wie auch die ausländischen Beobachter stellte

Es wurde kritisiert, dass in Wahlbüros im Ausland, in denen eine Abstimmung ebenfalls möglich war, viele Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien.

sie ein positives Gesamtzeugnis aus, legten sie ein positives Gesamtzeugnis aus, legten aber im Einzelnen ca. 6.000 Unregelmäßigkeiten offen.⁶ In ihrem Bericht heißt es u.a.: „In einem Viertel der Wahllokale wurden Unregelmäßigkeiten festgestellt. Von diesen

beziehen sich ein Fünftel auf das Problem der mangelnden bzw. fehlenden Versiegelung von Wahlurnen und die Hälfte auf Störungen in den Wahllokalen. In mehr als fünf Prozent der Wahllokale kam keine Spezialtinte systematisch zum Einsatz [um Wähler an der mehrfachen Stimmabgabe zu hindern]. [...] In einem Fünftel der Wahlbüros wurde Wahlbeeinflussung vorgenommen. In einem Zehntel der Wahlbüros war die Bereitstellung von Sichtschutz zur Sicherstellung der geheimen Abstimmung nicht gegeben.“ Zudem wurde kritisiert, dass in Wahlbüros im Ausland, in denen eine Abstimmung ebenfalls möglich war, viele Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien, u.a. waren auch dort

5 | Der Endbericht der EU-Wahlbeobachtermission wurde am 06.01.2012 im Rahmen einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt. Zum Bericht (frz.), <http://bit.ly/wednO5> [14.01.2012].

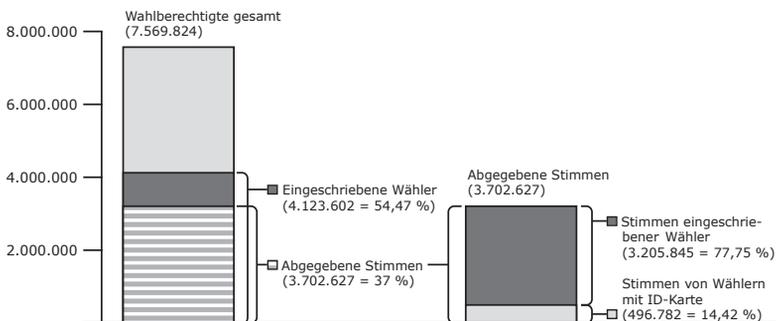
6 | Vgl. „Observateurs de l'ATIDE: 6000 irrégularités relevées“, *Le Temps*, 29.10.2011, <http://www.letemps.com.tn/article-60203.html> [14.01.2012].

Wahlurnen nicht versiegelt oder nur mit einem einfachen Klebeband verschlossen worden.

Ein weiteres Problem stellten die langen Wartezeiten dar, die allerdings von der Wahlbevölkerung mit Bravour und sogar mit Enthusiasmus gemeistert wurden, ja es herrschte geradezu Festtagsstimmung. Dennoch, Wartezeiten von vier bis sechs Stunden entsprechen nicht den internationalen Standards – und sie waren keine Ausnahme. Grund dafür waren zu große Einzugsbereiche der Wahllokale, die im Durchschnitt bei 800.000 Wählern lagen. Internationaler Standard ist hingegen höchstens eine Größe von 600.000 Wahlberechtigten pro Wahllokal.

Abb. 2

Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung bei den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung 2011



Quelle: ISIE, a.a.O.

Die Wahlbeteiligung wurde von der ISIE gesplittet für eingeschriebene und nicht-ingeschriebene Wähler angegeben (siehe Abb. 2). Die Einschreibefrist in Wählerlisten war Anfang August nach einer einmaligen Verlängerung ausgelaufen⁷, hatte aber nur zur Registrierung von knapp 53 Prozent der Wahlberechtigten geführt. Um eine höhere Wahlbeteiligung zu stimulieren und auch aufgrund der Verwirrung um die Registrierung selbst wurde die Möglichkeit eröffnet, auch nicht-ingeschriebene Wahlberechtigte zum Urnengang zuzulassen. Voraussetzung war, dass sie über eine ID-Karte (Personalausweis) verfügten und an ihrem Wohnort zur Wahl gehen. Setzt man jetzt die Anzahl der Wahlberechtigten von 7.569.824 Tunesiern in Relation

7 | Bis zur ursprünglichen Frist hatten sich nur knapp 40 Prozent der Wahlberechtigten eintragen lassen.

zu den abgegebenen Stimmen (3.702.627), liegt die effektive Wahlbeteiligung mit 49 Prozent immer noch niedriger als der von ISIE angegebene Wert, ganz zu schweigen von dem zunächst verbreiteten Wert von 90 Prozent.

Auch für Tunesien gilt, dass nach den Wahlen vor den Wahlen ist – hier die in gut einem Jahr anstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen nach Verabschiedung der neuen Verfassung. Entsprechend sollten die Aussichten für die Wahlverlierer nicht so schlecht stehen – vorausgesetzt, sie ziehen die richtigen Schlüsse. Oder umgekehrt ausgedrückt: Ennahdha muss sich anstrengen, um ihr Wahlergebnis wiederholen zu können. Das wird umso schwerer werden, als sie dann erstmals an ihren Leistungen gemessen werden wird. Der Wahlkampf zur Verfassungsgebenden Versammlung hatte sich noch auf der ideologischen Wiese abgespielt. Ennahdha konnte von ihrer – berechtigten – Reputation profitieren, authentisch zu sein, da viele ihrer Mitglieder für ihre Überzeugung unter Ben Ali ins Gefängnis gegangen und keine Form der Kollaboration mit dem Regime eingegangen waren. Wenn sich auch CPR, Ettakatol und PDP nicht vom Ben Ali-Regime hatten vereinnahmen lassen, hing ihnen doch immer das Makel der Kollaboration an. Das bekam vor allem die PDP zu spüren, nachdem Parteiführer Chebbi im Januar 2011 kurz vor dem Fall Ben Alis in einem französischen Radiosender seine Bereitschaft signalisiert hatte, mit der quasi-Staatspartei RCD⁸ in eine Regierung der nationalen Einheit einzutreten. Für dieses Angebot wurde die

Mangels finanzieller Mittel konnte die PDP in den entscheidenden Wahlkampfwochen im Oktober nicht mehr viel ausrichten.

PRP nun von den Wählern bestraft – ebenso wie für einen unzureichenden Wahlkampf: Die PDP hatte auf einen frühen Wahltermin im Juni gesetzt, bereits sehr früh einen medienwirksamen Wahlkampf begonnen, dann ihr Pulver aber verschossen. Mangels finanzieller Mittel konnte sie in den entscheidenden Wahlkampfwochen im Oktober nicht mehr viel ausrichten. Von den Wählern abgestraft wurde auch der zentristische Parteienzusammenschluss Pôles démocratique moderniste (PDM), der nur fünf Sitze (2,3 Prozent) erhielt. Er stand unter dem Verdacht, sein Personal aus vielen ehemaligen RCD-Mitgliedern zu rekrutieren.

8 | Rassemblement constitutionnel démocratique, ehemalige quasi-Staatspartei des Ben Ali-Regimes, gegründet 1988, aufgelöst nach dem 14.01.2011.

Für den Wahlsieg von Ennahdha kann neben der Authentizität auch der von vielen Tunesiern ersehnte klare Bruch mit der Vergangenheit als ursächlich angeführt werden, der glaubwürdig nur den Islamisten zugetraut wurde. Dieses um so mehr, als in der Zeit nach der so genannten Revolution von der eher bürgerlichen Übergangsregierung keine wirklichen Umbrüche eingeleitet worden waren, weder bei den Sicherheitskräften, noch im Justizwesen, ganz zu schweigen von den öffentlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten.⁹

Darüber hinaus hat auch die hohe Anzahl von über 110 registrierten politischen Parteien – von denen sich nur 77 zur Wahl stellten – dazu geführt, dass viele Wähler in Ennahdha eine sichere Zuflucht sahen, nicht zuletzt auch wegen des religiösen Bezugs. Und das nicht nur in den südlichen Landesteilen, denn auch in Tunis sind freitags die Moscheen voll von Gläubigen, die nicht nur in Kleinwagen angefahren kommen, sondern auch in Fahrzeugen der gehobenen Mittelklasse sowie in Nobelkarossen.

In Tunis sind freitags die Moscheen voll von Gläubigen, die nicht nur in Kleinwagen angefahren kommen, sondern auch in Fahrzeugen der gehobenen Mittelklasse sowie in Nobelkarossen.

Ein wichtiger Aspekt war auch, dass Ennahdha die einzige Partei war, die landesweit, vor allem auch im Süden, vertreten war. Das hat zwar andererseits zu der Frage geführt, woher sie das dafür nötige Geld hatte. Spekulationen, dass arabische Staaten über Geschäftsleute illegal Finanzmittel für Ennahdha ins Land schleusten, wurden in den politischen Zirkeln der Hauptstadt angestellt, hatten aber keinerlei Einfluss auf die Wahlentscheidung. Es wäre Sache der ISIE und der Justizbehörden gewesen, diesen Spekulationen nachzugehen. Das ist offensichtlich im Falle von Ennahdha nicht geschehen, im Gegensatz zu der aus dem Nichts aufgetauchten Al-Aridha Al-Chaabia.

Da Ennahdha als islamistische Partei im Wahlkampf unter dem Generalverdacht stand, die freiheitlichen Bürgerrechte, vor allem auch im Hinblick auf das Personenstandsrecht aus der Zeit unter Staatsgründer Habib Bourguiba, außer Kraft setzen zu wollen, hatte sie sich liberal ge-

9 | Vgl. Klaus D. Loetzer, „Tunesien vor den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung – Verhaltener Optimismus“, *KAS-Länderbericht*, 02.09.2011, <http://kas.de/tunesien/de/publications/28675> [10.02.2012].

geben. Parteiführer Ghanouchi wurde nicht müde, das so genannten türkische Modell der Trennung von Staat und Religion zu propagieren. Auch hat er Bedenken zu zerstreuen versucht, man wolle die Scharia als gesellschaftlichen Referenzrahmen einführen. Im ersten Moment sieht es auch so aus, als habe der überwältigende Wahlsieg diese Strategie belohnt.

Annullierung von Wählerlisten der Al-Aridha Al-Chaabia

Mit der Erringung von landesweit 28 Sitzen, davon fünf in der zentraltunesischen Problemregion um die Stadt Sidi Bouzid, wo sich der Funke zur Revolution durch die Selbstverbrennung des Gemüsehändlers Mohamed Bouazizi entzündet hatte, schaffte Al-Aridha Al-Chaabia, eine

bisher unbekannte neue Partei, den Sprung als drittstärkste politische Kraft in die Verfassunggebende Versammlung. Ihr Führer, der Medienunternehmer Hechimi Hamidi, der aus Sidi Bouzid stammt und seit Jahrzehnten in London im Exil lebt, entpuppte sich dann

Der Führer der unbekanntenen Partei Al-Aridha al-Chaabia, der im Exil lebende Medienunternehmer Hechimi Hamidi, entpuppte sich bei näherem Hinsehen als nicht ganz so unbekannt.

bei näherem Hinsehen als nicht ganz so unbekannt.¹⁰ Die Presseberichte über ihn sind teilweise widersprüchlich. Fest steht, dass er eine enge Beziehung zu Ennahdha hatte, aus der er, aus Hamidis Sicht ungerechtfertigt, verstoßen wurde, und dass er versucht hat, in ihren Schoß zurückzukehren. Das wurde ihm verwehrt. Auch werden ihm Verbindungen zum Ben Ali-Regime nachgesagt, was ihm den Vorwurf einbrachte, ein *rénegat* (Überläufer) zu sein. Sein Wahlerfolg wird nicht zuletzt auf recht sonderbare Wahlversprechungen zurückgeführt. Unter anderem versprochen hatte er die kostenfreie Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel und ein Gehalt für Frauen, die zu Hause am Herd bleiben oder dorthin zurückkehren. Zusätzlich hat er seinen Fernsehsender erfolgreich für seine Zwecke einsetzen können, der auch in Tunesien empfangen werden kann.

Mit der Annullierung der Stimmen in fünf tunesischen Wahlkreisen und einem ausländischen Wahlkreis (Frankreich II) lösten sich fast zwölf Prozent der abgegebenen Stimmen

10 | Vgl. Farah Samti, „How the Press Perceives Hachmi Hamdi“, *Tunisia Live*, 30.10.2011, <http://tunisia-live.net/2011/10/30/how-the-press-perceives-hachmi-hamdi> [01.02.2012].

für Al-Aridha in Luft auf, das entspricht neun Sitzen. Die Annullierungen in Tunesien werden von der ISIE mit Artikel 80 des Wahlgesetzes begründet, wonach keine Partei ausländische private Finanzierung in Anspruch nehmen darf. Die Streichung der Ergebnisse in Frankreich erfolgte, da der Spitzenkandidat dort auf der Liste der gebannten ehemaligen RDC-Politiker¹¹ stand (Artikel 1089).

Die Annullierung der Al-Aridha-Listen wirft gleich mehrere Fragen auf. Wenn es zutrifft, dass die Partei unzulässig finanziert wurde, müsste das für alle ihre Listen zutreffen, nicht nur für die ausgewählten fünf. Dann hätten alle Stimmen annulliert werden müssen, 19 Sitze werden aber nicht angetastet. In diesem Zusammenhang wird auch die Frage diskutiert, ob unzulässige ausländische Finanzierung nicht ebenso für Ennahdha zutreffen könnte. Was den Al-Aridha-Kandidaten in Frankreich anbetrifft, hätte er, da seine RCD-Vergangenheit bekannt war, erst gar nicht als Kandidat zugelassen werden dürfen. Die Entscheidungen der Wahlkommission lassen Zweifel an deren Unabhängigkeit aufkommen.

Unruhen in Sidi Bouzid

In Sidi Bouzid, wo Al-Aridha den größten Wahlerfolg erzielte und noch vor Ennahdha rangierte, war es noch in der Nacht nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses zu Unruhen gekommen. Autos wurden angezündet, die Gebäude von Lokal- und Justizverwaltung sowie das Büro von Ennahdha in Brand gesteckt, ohne dass nach Berichten sozialer Netzwerke die Polizei eingriff. Lediglich ein Angriff

auf das Polizeigebäude wurde mit Tränengas abgewehrt. Gründe für die Ausschreitungen sind offensichtlich weniger im Gegensatz zwischen Ennahdha und Al-Aridha zu suchen, auch wenn sie der unmittelbare Anlass waren.

Auch spielt der Umstand, dass Hamidi aus Sidi Bouzid stammt, eine Rolle und zeigt, wie stark lokale Loyalitäten Wahlentscheidungen bestimmen. Der eigentliche Anlass war aber „das tiefsitzende Gefühl der Vernachlässigung in den verarmten Regionen im Landesinneren,

Der Anlass der Ausschreitungen nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses war „das tiefsitzende Gefühl der Vernachlässigung in den verarmten Regionen, an dem die Revolution nichts geändert hat“.

11 | Im Vorfeld der Wahlen waren ca. 14.000 Personen aus dem Umkreis der ehemaligen quasi-Staatspartei RCD das passive wie aktive Wahlrecht aberkannt worden.

an dem auch die Revolution nichts geändert hat¹², wie *Spiegel*-Autor Mathieu von Rohr schreibt. Seine Analyse legt den Schluss nah, dass eigentlich keine Revolution stattgefunden hat. Die gravierenden Probleme Tunesiens sind zwar in der öffentlichen Wahrnehmung präsent und werden von der Berichterstattung aufgegriffen, deren Lösung wurde aber in den sieben Monaten seit der Vertreibung Zine el Abidine Ben Alis und seiner habgierigen Familie nicht einmal ansatzweise in Angriff genommen. Von Rohr weiter: „Die Entscheidung mag juristisch korrekt gewesen sein, aber eine nachträgliche Disqualifizierung einer Partei ist eine schwerwiegende Entscheidung, zumal in einem Land, das zum ersten Mal frei wählt. Und es waren wohl die Ärmsten der Armen in den am meisten zurückgebliebenen Gegenden des Landes, die Al-Aridha Chaabia gewählt hatten. Dass ausgerechnet die Stimmen dieser Menschen annulliert wurden, war ein verheerendes Signal.“

„Es waren wohl die Ärmsten der Armen, die Al-Aridha Chaabia gewählt hatten. Dass ausgerechnet die Stimmen dieser Menschen annulliert wurden, war ein verheerendes Signal.“

Das Gefühl, betrogen worden zu sein, verband sich mit der Frustration und der Hoffnungslosigkeit, die im Landesinneren herrschen. Während in Tunis Wahlen geplant wurden und über die politische Zukunft nachgedacht wurde, setzte sich in Städten wie Sidi Bouzid, Thala und Kasserine der Eindruck durch, um die Früchte der Revolution beraubt worden zu sein.¹³ Auch bis zum ersten Jahrestag der Revolution hatte sich an dieser Situation nichts Grundlegendes geändert. Die Demonstranten, vor allem im Landesinneren, haben deutlich gemacht, dass sie, falls sich ihre Hoffnung auf Arbeit und Brot nicht bald erfüllt, bereit sind, eine zweite Revolution zu wagen.

NUN ENTSCHEIDEND: DIE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

Die erste Etappe des wirtschaftlichen Transformationsprozesses, dessen Gelingen eine *conditio sine qua non* für eine

12 | Mathieu von Rohr, „Revolutionsverlierer proben den Aufstand“, *Der Spiegel*, 28.10.2012, <http://spiegel.de/politik/ausland/0,1518,794665,00.html> [14.01.2012].

13 | Ebd.

erfolgreiche Entwicklung Tunesiens darstellt, verlief weniger erfolgreich als die erste Etappe der politischen Transformation. Der Tourismussektor liegt danieder (minus 33 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum), das wirtschaftliche Wachstum stagniert, ausländische Investitionen bleiben aus, die Arbeitslosenzahl steigt und die sozioökonomische Lage in den benachteiligten ländlichen Gebieten verschärft sich. Keine guten Grundlagen, um die ursprüngliche Ursache der Revolution, die sozialen Verwerfungen Tunesiens, vor allem das Nord-Süd-Gefälle, zu beseitigen. Es muss sich daher erst noch zeigen, ob dadurch nicht die politischen Erfolge zunichte gemacht werden. Dies vor allem vor den Hintergrund, dass es der neuen Regierung an Fachleuten mangelt und die Besetzung sowohl von politischen Schlüsselpositionen als auch nachgeordneten Posten überdeutlich den Einfluss individueller Ambitionen zeigt, verbunden mit einem Machtgerangel innerhalb der Troika. Keiner der Koalitionspartner hat Regierungserfahrung und alle drei werden in dieser Krisensituation lernen müssen, mehr aktiv als reaktiv zu agieren und insbesondere mehr pragmatisch als ideologisch.

Keiner der Koalitionspartner hat Regierungserfahrung und alle drei werden in dieser Krisensituation lernen müssen, mehr aktiv als reaktiv zu agieren und insbesondere mehr pragmatisch als ideologisch.

Religiöse Identitätskrise lenkt von wirtschaftlichen Problemen ab

Vor allem der Streit um die religiöse Identität Tunesiens scheint den Blick von dringenden wirtschaftlichen Notwendigkeiten abzulenken – ein Umstand, der schon die erste, nicht gewählte Übergangsregierung geplagt hatte. Veranschaulichen lässt sich diese Problematik am Streit um das Tragen des „Niqab“, der Vollverschleierung, an den Universitäten des Landes. Kurz nach Bekanntwerden des Ennahdha-Wahlsiegs erschienen die ersten vollständig verhüllten Studentinnen in den Universitäten, so auch in der von Manuba in Tunis. Die Universitätsleitung bot an, das Tragen des Niqab auf dem Campus zu erlauben, in den Unterrichtsräumen und bei Klausuren jedoch zu untersagen. Am 28. November 2011 provozierten dann etwa 100 Salafisten mit einer gewaltsamen Besetzung eine Schließung der Universität. Nachdem die neue Übergangsregierung, wie zuvor auch schon die alte, dem mehrfachen Ersuchen des Rektors nicht nachgekommen war, die Unter-

richtsblockade durch Einsatz von Sicherheitskräften zu beenden, fanden sich am 4. Januar 2012 Studenten, Eltern, Gewerkschaftsvertreter und Personal der Fakultät vor dem Ministerium für Höhere Bildung zu einem friedlichen Sitzstreik ein, um beim zuständigen Minister eine Entscheidung zu erreichen. Minister Moncef Ben Salem (Ennahdha), der als strikt religiös gilt, hatte vorher ein Gespräch verweigert. Im weiteren Verlauf der Protestaktion kam es zu Gewaltanwendung der Sicherheitskräfte, als die Protestierenden versuchten, sich Zugang zum Ministeriumsgebäude zu verschaffen. Die Situation erschien paradox: Die

Eine Studentin ignorierte die Aufforderung des Universitätslehrers zum Ablegen des Niqabs, woraufhin dieser den Unterricht unterbrechen und den Lehrsaal verlassen wollte. Daran wurde er von Salafisten gewaltsam gehindert.

Sicherheitskräfte wendeten Gewalt gegen friedliche Studenten, Professoren und Pressevertreter an, gingen aber gegen gewaltbereite Salafisten auf dem Universitätsgelände nicht vor. Am Abend des 5. Januar kam es dann zu einem lange überfälligen Kompromiss: Die Salafisten mussten den Campus verlassen, durften sich aber vor dem Universitätsgelände weiter bereithalten. Der Kompromiss erwies sich schnell als brüchig, als bereits einige Tage später wieder eine Studentin zum Unterricht im Niqab erschien. Sie ignorierte die Aufforderung des Universitätslehrers zum Ablegen des Niqabs, woraufhin dieser den Unterricht unterbrechen und den Lehrsaal verlassen wollte. Daran wurde er dann von herbeigeeilten Salafisten gewaltsam gehindert.¹⁴

Hinsichtlich einer Islamisierung der Gesellschaft ist auch ein anderes Phänomen zu beobachten. Auf der einen Seite wird oft beklagt, dass die Islamisten die Revolution nicht angesprochen hätten, jetzt aber am meisten davon profitierten. Andererseits gibt es aber eine Anzahl junger Tunesier, die vor einem Jahr als westlich ausgerichtete Studenten auf die Straße gegangen waren, heute jedoch radikal-islamistische Positionen vertreten bis hin zum äußeren Erscheinungsbild, also bei den Männern das Tragen eines Vollbarts und bei Frauen das Tragen eines Kopftuchs, wenn nicht gar des Niqabs. Die Erklärung für diese Wandlung einiger Demonstranten zum Religiösen lässt aufhorchen: „Er sei nicht immer so radikal gewesen“,

14 | Für eine detailliertere Darstellung vgl.: Klaus D. Loetzer und Philipp Trösser, „Die Universität im Zentrum der religiösen Identitätskrise Tunesiens“, <http://kas.de/tunesien/de/publications/29964> [10.02.2012].

zitiert *Die Zeit* einen von ihnen.¹⁵ „Das kam erst nach der Revolution, als ihm klar wurde, dass die herrschende, profitierende Kaste den Diktator geopfert habe, um an der Macht zu bleiben.“

TUNESIEN UNTER EINER ISLAMISTISCH GEPRÄGTEN REGIERUNG: QUO VADIS?

Eine vieldiskutierte Frage ist: Wie moderat, also wie demokratiefähig ist die islamistische Ennahdha? Verbunden damit ist die Frage, ob sie die Salafisten kontrollieren kann – oder will. Denn diese, ein ganz kleine Minderheit, scheuen auch vor Einschüchterung und Gewaltanwendung nicht zurück. Wie am Beispiel der Universität Manuba deutlich wird, hat die Übergangsregierung bisher nicht gezeigt, dass sie hier ihr Gewaltmonopol zur Durchsetzung der persönlichen Freiheiten anzuwenden bereit ist – obwohl sie deren Garantien immer wieder beteuert. Das ist sicherlich auch auf die Tatsache zurückzuführen, dass es unterschiedliche Strömungen in Ennahdha gibt. Aber genau hieran scheiden sich die Geister: Sind die eher moderaten Kräfte innerhalb Ennahdhas stark genug, sich gegenüber den mehr fundamentalistischen durchzusetzen? Hier gibt das Beispiel um den Niqab-Streit einen aufschlussreichen Einblick. Während der neue Innenminister, Ali Laârayedh (Ennahdha), der als gemäßigt gilt, bereits am 26. Dezember 2011 für „null Toleranz“ gegenüber jedem plädiert hatte, der „die Sicherheit der Bürger bedroht [...] oder Personen am Betreten von Verwaltungsgebäuden oder ähnlichen Einrichtungen hindert“, kam es erst am 5. Januar 2012 zur längst fälligen Entscheidung, die diese Toleranz zu garantieren schien. Der Kompromiss wurde aber bereits Tage später ausgehebelt und eher im Sinne des Ministers für Höhere Bildung, Moncef Ben Salem, ausgelegt, der als strikt religiös gilt.

Sind die eher moderaten Kräfte innerhalb Ennahdhas stark genug, sich gegenüber den mehr fundamentalistischen durchzusetzen?

Die Ausrichtung der tunesischen Regierung ist vor allem auch für die Unterstützung durch das Ausland wichtig, und zwar sowohl für die Golfstaaten als auch für den Westen.

15 | Gero von Randow, „Jung, cool und Salafist – Plötzlich sind diese Revolutionäre so fromm. Ein Wiedersehen in Tunis“, *Zeit Online*, 06.01.2012, <http://zeit.de/2012/02/Dschihad-Demokratie> [10.02.2012].

Für das Verhältnis zu den Golfstaaten ist es Tunesiens geopolitischer Trumpf, dass keine sozialdemokratische oder säkulare Partei, sondern die islamistische Ennahdha als stärkste Kraft in die Regierung gewählt wurde. Innenpolitisch mag dies das Land in eine Identitätskrise stürzen, außenpolitisch jedoch sichert es dem Land Unterstützung durch die Golfstaaten, allen voran Katar, das reichlich Geld fließen lässt.

Als Wiege des „Arabischen Frühlings“ hat Tunesien aber auch für den Westen eine große symbolische Bedeutung, obwohl es strategisch und wirtschaftlich eher unbedeutend ist. Dies zeigt sich daran, dass nicht nur aus Katar viel Geld nach Tunesien fließt, sondern auch aus den Vereinigten Staaten – jedoch im Stillen, zumal es auch indirekt Ennahdha zugute kommt. Vor diesem Hintergrund werden einige Slogans der Demonstranten am ersten Jahrestag der Revolution verständlich, die sich gegen eine Einmischung durch Katar und die USA richten.

Die gegenwärtige politische Situation ist komplex und wird unterschiedlich interpretiert. Das macht auch eine seriöse Einschätzung der weiteren Entwicklungen schwierig. Sie sind aber beeinflussbar, und es muss alles getan werden, vor allem auch im wirtschaftlichen Bereich, um dem Experiment einer demokratisch gewählten islamistischen Regierung zum Erfolg zu verhelfen – zum einen für Tunesien und seine Bevölkerung selbst, zum anderen als Symbol für die übrige Arabische Welt; nicht zuletzt aber auch für Europa, auf das sich ein fundamentalistisch geprägtes, nicht demokratiefähiges islamistisches System direkt auswirken würde. Von Tunesien ist es nur ein Katzensprung über Sizilien nach Europa. Diesen Weg hatten bereits die Lehren der Mathematik genommen, aber auch Ideen, die der Aufklärung in Europa wichtige Impulse gegeben hatten. Würde ein fundamentalistischer Islam diesen Weg nach Europa finden, wäre das verheerend. Aber auch die symbolische Kraft und damit die Auswirkungen auf die übrigen Staaten Nordafrikas kämen einer Katastrophe gleich, nicht zuletzt für ihre Bevölkerungen, die endlich ihrer Misere entfliehen möchten. Das haben die durch die Tunesische Revolution ausgelösten Umbrüche deutlich bewiesen.